

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 261

5. Juni 2002

8. Jahrgang

Land her!

Die jüngsten Landbesetzungen haben die Konfrontation zwischen BäuerInnen und GrossgrundbesitzerInnen – zwei historisch antagonistische Sektoren – angeheizt. Laut offiziellen Daten haben die Landbesetzungen innerhalb der letzten zwei Jahre zugenommen, bezeichnenderweise vor allem in den wirtschaftlich armen Departements. Der Mangel an politischem Willen und die (vermeintlich) beschränkten finanziellen Mittel der staatlichen Institutionen, die extra zur Lösung dieses Problems geschaffen wurden, lassen nicht auf eine Verbesserung der Situation in absehbarer Zeit hoffen. Dazu kommen seit kurzem die Ermordungen von Mitgliedern von BäuerInnenorganisationen und die Drohungen gegen Kirchenleute, denen von den Finqueros vorgeworfen wird, die AnstifterInnen der Landbesetzungen zu sein.

Zunahme von Landbesetzungen

Laut Daten der regierungseigenen *Instanz für die Bearbeitung von Landkonflikten*, CONTIERRA, haben die Landbesetzungen in den letzten zwei Jahren zugenommen. In den Jahren 2000/2001 vermerkte CONTIERRA 857 Landbesetzungen, im Vergleich zu 587 in den Jahren 1997-1999. Von den insgesamt 1444 Besetzungen, die der Institution seit ihrer Gründung bekannt sind, konnten 600 ‚gelöst‘ werden, 322 allein während der Regierungszeit von Präsident Portillo.

An einer Pressekonferenz Ende April 2002 gab die *Nationale Indígena- und BäuerInnenkoordination* (CNOC) bekannt, 49 Fincas besetzt zu halten (unterdessen sind es 52). An den Besetzungen seien insgesamt 3745 Familien beteiligt. Im Moment sind Fincas in 18 Gemeinden, verteilt auf acht Departements, besetzt. Die BesetzerInnen werden unterstützt von anderen BäuerInnen und GewerkschafterInnen, die mit Strassenblockaden und Besetzungen der Büros des Landfonds (FONTIERRAS) der Forderung „Das Land denen, die es bearbeiten“ Nachdruck verleihen.

Die Positionen der beiden Konfliktparteien, landlose BäuerInnen und Landbesitzende, sind heute die selben wie schon immer: Die BäuerInnen bezeichnen die ungerechte Land- und Reichtumsverteilung als Grundproblem und fordern eine umfassende Landreform. Die Landbesitzenden bestreiten, dass es eine Konzentration des Landes im Besitz Weniger gibt, wehren sich gegen eine Landreform und bezeichnen die Landbesetzungen als Verletzung eines verfassungsmässig garantierten Rechts: Des Rechts auf Privatbesitz, das in der ganzen Welt anerkannt ist.

Explosive Mischung

Gemäss einer Studie der *Koordination der Nichtregierungsorganisationen* (CONCOOP) mit dem Namen *Vereinfachter Kreditzugang in den ländlichen Gebieten Guatemalas* ist Guatemala das ‚ruralste‘ Land Lateinamerikas. Der grösste Teil der Bevölkerung lebt auf dem Land, wo auch am meisten Arbeitsplätze vorhanden und die meisten Devisen erwirtschaftet werden. Roberto Castañeda, Präsident der Landwirtschaftskammer bestätigte diese Angaben in einem Radiointerview am 8. April: Rund 68% der Deviseneinnahmen erwirtschaften sich im Landwirtschaftssektor, in dem direkt oder indirekt über drei

Millionen Personen (25% der Gesamtbevölkerung Guatemalas) beschäftigt sind. Doch auch er bestritt, dass der Landbesitz sich auf Wenige konzentriert. Dabei gibt es zahlreiche Studien, die das Gegenteil beweisen. Laut dem *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen* (UNDP) hat sich auch im Jahr 2000 der grösste Teil des kultivierbaren Landes im Besitz weniger GrossgrundbesitzerInnen befunden, speziell auch das Land, auf dem exportierbare Produkte (Kaffee, Banane, Zucker) angebaut werden können. Ausserdem hat sich die Anzahl der Personen erhöht, die als Saisonangestellte im Landwirtschaftssektor arbeiten, d.h., kein eigenes Land besitzen. Die Studie *Das Drama der Armut in Guatemala*, herausgegeben vom präsidentialen *Sekretariat für Planung* (SEGEPLAN), zeigt auf, dass rund die Hälfte der 12 Millionen GuatemaltekenInnen in Armut lebt, d.h. mit weniger als zwei US\$ pro Tag über die Runden kommen muss. Ein Drittel der Bevölkerung lebt in extremer Armut, d.h. mit weniger als einem US\$ pro Tag. Interessant dabei ist, dass von den als ‚arm‘ geltenden Personen 75% auf dem Land leben, von den als ‚extrem arm‘ bezeichneten jedoch nur 30%. Von der indigenen Bevölkerung gelten 75% als ‚arm‘, im Vergleich zu 40% der *Ladinos*. SEGEPLAN kommt zum Schluss, dass Guatemala nach Brasilien und Südafrika das Land mit der grössten sozialen Ungerechtigkeit ist.

Problem ohne Lösung

Die Zunahme von Landbesetzungen findet in einem Kontext zunehmender Arbeitslosigkeit statt: Tausende von LandarbeiterInnen haben durch den Anstieg des Preises von Kaffee und anderen wichtigen Produkten auf dem Weltmarkt ihre Existenzgrundlage verloren. Dazu kommen die Dürren, die im letzten Jahr in der Region geherrscht haben und in Guatemala einen Ernteverlust von 19,2 Mio. US-\$ zur Folge hatten. Auch hat sich das im 19. Jahrhundert entwickelte landwirtschaftliche Exportwirtschaftsmodell langsam erschöpft.

Die Kaffeekrise (allein im bisherigen Verlauf des Jahres 2002 sollen rund 163.000 ArbeiterInnen des Kaffeesektors ihren Job verloren haben) ist nur die Spitze des Eisbergs; zuvor haben bereits die Baumwolle, die Banane und

seit kurzem auch das Zuckerrohr aufgehört, Hauptquellen für Deviseneinnahmen zu sein. Nach der diesjährigen Zuckerernte, die in wenigen Wochen zu Ende geht, rechnet man mit weiteren 250.000 arbeitslosen BäuerInnen.

Auf der anderen Seite wurden die BäuerInnenorganisationen, die für eine Verbesserung ihrer Situation kämpfen und bereits der Repression während des Krieges standgehalten hatten, durch das Friedensabkommen über sozioökonomische Aspekte und Agrarfragen in ihren Forderungen bestärkt.

Die durch die Friedensabkommen ins Leben gerufenen Institutionen wie der Landfonds (FONTIERRAS) und CONTIERRA sind nicht in der Lage, die ihnen zugeschriebenen Aufgaben zu bewältigen. Von den 70 Mio. Quetzales, die FONTIERRA ursprünglich zugeteilt wurden, hat die Regierung nur 15 Mio. ausbezahlt. Dies mag mit ein Grund sein, aber sicher nicht der einzige, weshalb der Kauf und die Überschreibung von Land so langsam vorangeht.

Jorge Mario Flores, Koordinator von CONTIERRA, beklagt sich über den Mangel an Personal in seiner Institution. Dies und das Fehlen eines Katasters verkompliziert die Arbeit unheimlich. „Es ist sehr viel Information verloren gegangen über die Vermessungen und Besitzverhältnisse der Ländereien, und wir müssen oft auf das *Archivo Centroamericano* zurückgreifen, um an Daten zu gelangen und daraus eine Art ‚Katasterpuzzle‘ zusammensetzen“, erklärte Flores.

Während die BäuerInnenorganisationen den mangelnden politischen Willen der Regierung beklagen, sich um eine integrale Lösung des Problems zu bemühen bzw. alle bisherigen ‚Massnahmen‘ im Sand verlaufen sind, und damit ihre Landbesetzungen legitimieren, sieht die Landwirtschaftskammer zwei mögliche Szenarien: Entweder die InvestorInnen geben dem Druck nach und ziehen sich aus Guatemala zurück, was ihrer Meinung nach eine wirtschaftliche Katastrophe nach sich ziehen würde, oder sie verteidigen ihren Besitz mit allen Mitteln, was zu einer Konfrontation mit den BesetzerInnen führen würde. (Ausführliche Beschreibung der jeweiligen Positionen und Lösungsvorschläge der BäuerInnenorganisationen und der Landwirtschaftskammer siehe ¡Fijáte! 257)

FONTIERRAS - ein Auslaufmodell

Diese jüngste Diskussion um die Landproblematik und FONTIERRAS hat einmal mehr die Frage aufgeworfen, ob diese als Resultat der Friedensabkommen geschaffene Institution dem Pro-

blem überhaupt gerecht werden kann. Schon bevor FONTIERRAS per Regierungsdekret 24-99 geschaffen wurde, gab es Stimmen, die sagten, dass diese Institution an mangelnden finanziellen Ressourcen scheitern werde in einem Land wie Guatemala, das eine unzureichende Steuerpolitik betreibt. Ausserdem wurde darauf hingewiesen, dass das von der Weltbank geförderte und als ‚neue, vom Markt gesteuerte Agrarreform‘ angepriesene Modell bereits in anderen lateinamerikanischen Ländern versagt hatte: Das Modell Kauf und Verkauf von Land, mit dem Staat als Zwischenhändler und Kreditgeber. Ausserdem wusste man auch, dass die internationale Gemeinschaft nicht bereit sein würde, Geld in Form von Spenden für den Kauf von Land zu geben, sondern nur in Form von Darlehen, was unweigerlich zu einer Verschuldung Guatemalas führen würde.

FONTIERRAS (und andere ähnlich problematische Institutionen) wurde trotzdem gegründet.

Angesichts der aktuellen Krise liess nun die staatliche US-amerikanische Entwicklungsbehörde AID vom *Boston Institute for Developing Economies* eine Analyse über die Situation von FONTIERRAS machen, die im grossen und ganzen zu den selben Schlüssen kam, auf die SpezialistInnen der Landfrage schon früher hingewiesen haben:

Das heute angewendete System von Kauf von Land durch den Staat, das mit Abzahlungsverträgen und staatlichen Krediten an BäuerInnen weiterverkauft wird, ist für den Staat ein Verlustgeschäft, das durch keine andersweitigen Einnahmen ausgeglichen wird. Ein grosses Problem besteht auch darin, dass die Preise von Agrarland in Folge der Kaffeekrise eigentlich sinken, der Staat aber die Fincas meist zu überhöhten Preisen kauft, nicht selten von Militärs und Grossgrundbesitzern, die dieses Land während des Krieges durch Enteignung der indigenen Bevölkerung in Besitz genommen haben. Weiter werfen die AutorInnen der Studie FONTIERRAS vor, zu grosszügig gegenüber ihren SchuldnerInnen zu sein. All dies führe logischerweise dazu, dass die BäuerInnen Fincas besetzten und Strassensperren errichteten, kommt die Studie zum Schluss.

Die von der Studie abgegebenen Empfehlungen lassen erahnen, in welche Richtung eine von den internationalen Finanzinstitutionen unterstützte ‚Lösung‘ des guatemaltekischen Landproblems in Zukunft gehen kann :

- Die vier Jahre Fristerstreckung (im Moment müssen die KreditnehmerInnen erst nach vier Jahren mit der Rückzah-

lung des Kredits beginnen) soll reduziert werden. KreditnehmerInnen, die bereit sind, die Fristerstreckung zu verkürzen, sollen bevorzugt behandelt werden. Wer ganz darauf verzichtet, bekommt den Kredit zu besseren Konditionen.

- Es sollen nicht mehr wie bisher nur an Gruppen Kredite vergeben werden, sondern auch an Einzelpersonen. Weiter sollen diejenigen bevorzugt werden, die um kleine Kredite nachsuchen, damit das Geld weiter reicht.

- SchuldnerInnen, die ihre Zinsen oder Rückzahlungen nicht fristgemäss bezahlen, sollen Verzugszinsen verrechnet werden.

- Gruppierungen, die Fincas besetzten oder mit anderen Aktionen Druck auf FONTIERRAS ausüben, sollen von sämtlichen Unterstützungsleistungen ausgeschlossen werden.

Diese Empfehlungen fehlt jeglicher Bezug zur Realität, in der die guatemaltekischen BäuerInnen leben und sind ein Beweis dafür, dass es sich hier um eine weitere Schreibtischstudie handelt, deren Umsetzung die Verzweiflung und Wut der Campesin@s noch weiter steigern würde.

Wie weiter?

In einem Radiointerview erklärte Präsident Portillo kürzlich, er habe mit der Annahme der neuen Finanzgesetze sein Regierungsziel erreicht. Die Lösung der weiteren Probleme nationalen Ausmasses, speziell die Landfrage, überlasse er seinem Nachfolger. So erstaunt es auch nicht, dass seine einzige Idee, dem sich zuspitzenden Konflikt zu begegnen, die Schaffung einer weiteren Regierungsinstanz ist: Das Sekretariat für Agrarfragen. Dessen Aufgabe ist die „Ermöglichung eines juristischen und institutionellen Rahmens für die Entwicklung und Stärkung des Landbesitzes“. Dazu gehört u.a. die Einberufung eines Dialogs mit den involvierten Sektoren, um „gemeinsam an der Lösung der Landproblematik zu arbeiten“. Als Leiter des Sekretariats für Agrarfragen wurde Pedro Palma Lau ernannt, was Öl ins Feuer sowohl der BäuerInnenorganisationen als auch der Landwirtschaftskammer giesst.

Die CNOC argumentiert, dass Palma Lau in seiner bisherigen Funktion als Chef von CONTIERRA bewiesen habe, dass er inkompetent sei und nichts zur Lösung der Landfrage habe beitragen können. Die Landwirtschaftskammer hingegen kritisiert die Ernennung von Palma Lau (Ex-Comandante Pancho), zum Leiter dieses Sekretariats und beschuldigt ihn, mit seiner Guerilla-Vergangenheit den Forderungen der BäuerInnen

nen nahe zu stehen und gar die Finca-besetzungen zu begünstigen.

Nicht nur die Wahl des Leiters des Sekretariats, sondern auch die Tatsache, dass es sich sowohl CONTIERRA mit seinem Budget sowie die technisch-juristische Abteilung der Katastereinheit einverleibt, stärken die Befürchtungen, dass es sich nicht wirklich um etwas ‚Neues‘ handelt, das auch neue Impulse in die verfahrenere Diskussion einbringen könnte. Nach einer über vierstündigen Sitzung mit der neuen Instanz zogen sich die VertreterInnen der BäuerInnenorganisationen denn auch prompt zurück und stellten der Regierung ein neues Ultimatum von 75 Tagen, das am 24. Juli abläuft, um die leeren Versprechungen beiseite zu lassen und die Landkrise zu lösen. Liegen bis dann keine gangbaren Lösungen vor, drohen die BäuerInnen mit konkreten Massnahmen wie z.B. einer grossen Demonstration aus den einzelnen Landesteilen in die Hauptstadt.

Auch Kongresspräsident Ríos Montt liess seine Phantasie walten bei der Erarbeitung eines Vorschlags, wie der Landkrise zu begegnen sei: Sämtliche Ministerien und Sekretariate sollen eine Auflistung derjenigen Gelder machen, die sie voraussichtlich dieses Jahr nicht einsetzen würden. Mit diesem ‚überschüssigen‘ Geld soll der Fonds von FONTIERRAS geöffnet und Fincas für die landlosen BäuerInnen gekauft werden.

Der *Unionista*-Abgeordnete im Kongress, Mariano Rayo, wurde noch

konkreter: Er schlug vor, kurzerhand die Budgets des Präsidenten, der Armee und des Ministerium für Kommunikation u.a. zu kürzen und dafür dasjenige von FONTIERRAS um 500 Mio. Quetzales (rund 62 Mio. US\$) zu erhöhen. Die FRG weigerte sich schlichtweg, diesen Vorschlag im Kongress zu diskutieren. Dafür wurde eine Kommission ernannt, die nach Washington zum Sitz der Weltbank reisen und dort um einen Kredit in dieser Höhe nachsuchen soll, der in den Landfonds einfließen soll.

Eine einfache Lösung, mit der die

1,2 Milliarden Quetzales für den Kauf von genügend Land für die landlosen Campesin@s aufgebracht werden können, schlägt Rafael Gonzáles von der BäuerInnenorganisation vor: Keine weiteren Budgeterhöhungen für das Militär, keine Rundflüge im Präsidentenjet für Millionäre wie den Designer Oscar de la Renta oder den Sänger Julio Iglesias, keine zinsfreien Bankkonten für Ministerien und sonstige staatliche Instanzen und auch keine Ausreden mehr, es stünden keine finanziellen Mittel zur Verfügung!

Zweifelhafte Auszeichnung für die AEU

Guatemala, 24. Mai. Die Nachricht, dass der StudentInnenvereinigung der Universität San Carlos (AEU) von der Regierung der *Orden del Quetzal*, die höchste nationale Auszeichnung, verliehen werden soll, hat kontroverse Diskussionen über die "politische Korrektheit" dieser Gruppierung ausgelöst. Die AEU, der seit ein paar Jahren vorgeworfen wird, sich immer mehr zu einer mafiosen und den persönlichen Interessen einzelner Mitglieder verpflichteten Organisation zu entwickeln, kündete nämlich an, diese Auszeichnung entgegenzunehmen.

Als erstes reagierte die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM). In einer Presseerklärung bezeichnete sie die Auszeichnung als "nationale Schande" und erinnerte daran, dass viele StudentInnen, die während des Krieges verfolgt und umgebracht wurden, Mitglieder der AEU waren. Die Verantwortlichen dieser Repression seien Angehörige der Sicherheitskräfte oder deren Befehlshaber gewesen, von denen zahlreiche heute zusammen mit Präsident Portillo in der Regierung sitzen. Eine Auszeichnung wie der *Orden del Quetzal*, überreicht von einer Regierung, in der Leute wie Ríos Montt, García Arredondo, Juan Santacruz oder Miranda Trejo einflussreiche Posten besetzen, sei eine Ohrfeige an das Gedenken der Gewaltopfer jener Zeit. Die AEU soll mit Würde handeln und die Annahme der Auszeichnung verweigern, fordern die in GAM zusammengeschlossenen Familienangehörigen der ermordeten StudentInnen.

Auch Raúl Molina Mejía, ehemaliger Rektor der USAC (1980), der heute im US-amerikanischen Exil lebt, ist der Meinung, dass zwar die StudentInnenorganisation diesen Preis verdiene, jedoch nur eine Regierung, die sich den Menschenrechten verpflichtet, das Recht hat, die AEU damit auszuzeichnen. Er warnt davor, der Regierung Portillo zu viel Vertrauen zu schenken und vergleicht deren Handeln mit demjeni-

gen der mexikanischen PRI: "Sie gibt Zeichen nach links, dreht jedoch nach rechts ab."

Fernando Sánchez, Generalsekretär der AEU von 1998 bis 2000, bezeichnete die Auszeichnung als eine Erniedrigung für die StudentInnenbewegung. Die Organisation sei nicht auf solche Opfergaben angewiesen, die höchste Auszeichnung sei für sie das Vertrauen und die Liebe, die ihr das guatemalteckische Volk entgegengebracht hat.

Ganz anderer Meinung ist der aktuelle Generalsekretär der AEU, Jorge Mario García. Für ihn bedeutet der Preis eine Anerkennung der politischen und sozialen Arbeit, die die Organisation in den vergangenen 82 Jahren geleistet hat. Er versteht es auch als eine Anerkennung des Gedenkens der ermordeten oder entführten StudentInnenführerInnen jener Zeit. Die Annahme der Auszeichnung ist für ihn denn auch nicht eine Annäherung an die FRG, sondern ein Zeichen deren Einsicht und Verantwortung als Regierungspartei.

Bei der Verleihung des Ordens durch Präsident Portillo im Nationalen Kulturpalast wurde der studentische Generalsekretär durch die Anwesenheit von lediglich fünf der fünfzehn Studierendenvereinigungen unterstützt.

Währenddessen demonstrierten andere Studierende gemeinsam mit ehemaligen AEU-Mitgliedern und BürgerInnen vor dem Gebäude und drückten mit roten Nelken und Slogans ihre Ablehnung von García und der Regierung aus. Im Anschluss an den Festakt verleugneten die nonkonformen Studierendengruppen García als Generalsekretär, der in "willkürlicher Weise und nur den eigenen Interessen folgend" die Auszeichnung entgegengenommen habe. "Ginge es darum, die AEU für ihre Verteidigung der Menschenrechte zu belohnen, hätte der Kongress besser ein Dekret zur Förderung der Entschädigung der Opfer des bewaffneten Konflikts verabschiedet", so ein Jura-Student.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Staatlicher Untergrund?

Guatemala, 29.Mai. Erneut war Guatemala in den letzten Tagen Thema der internationalen Aufmerksamkeit: In dem aktuellen Bericht von Amnesty International wird auf einen spürbaren Rückgang hinsichtlich der Menschenrechtssituation im Land des ewigen Frühlings hingewiesen.

Im Rahmen des Besuchs der UN-Sondergesandten Hina Jilani zirkulieren Statistiken über Aktionen von geheimen Gruppen, die unter dem Schutz paralleler Staatsmächte agieren. Hinsichtlich der Rolle von Präsident Portillo zeichnen sich zwei Folgerungen ab: Zum einen, dass sich die Macht dieser Untergrundbewegungen in dem Masse stärkt, wie sich die des Staatsoberhauptes schwächt - und dies zugunsten des wachsenden und unbestreitbaren Protagonismus des FRG-Führers General Efraín Ríos Montt - und zum zweiten, dass keinerlei politischer Wille von Seiten des Staates zu spüren ist, weder diese Gruppen aufzulösen, noch die Immunität zu bekämpfen.

Statt dessen reisst sich die Regierung ein Bein für die Stärkung des Militärs aus, während enorme soziale Notwendigkeiten wie die Misere der Krankenhäuser oder die Krise der öffentlichen Sicherheit, welche sich u.a. in der

bevorstehenden Schliessung der Akademie der Zivilen Nationalpolizei (PNC) wegen fehlender Mittel manifestiert, links liegen gelassen werden.

Auch das Sekretariat für strategische Analyse (SAE) hat diesbezüglich einen Beitrag zu leisten und bezieht sich dabei auf die Stellungnahmen der Mission der UN für Guatemala (MINUGUA). Im ebenfalls gerade erschienenen Bericht dieser Institution ist die Rede davon, dass neben illegalen Sicherheitskräften die erwähnten Untergrundapparate v.a. von Ex-Militärs gebildet sind und für die Drohungen gegen MenschenrechtlerInnen verantwortlich gemacht werden. Anliegen dieser Gruppen seien soziale Säuberung und partikuläre Interessen. Bislang habe sich jedoch keine einzige Regierungseinrichtung getraut, die Richtigkeit dieser brisanten Anzeichen anzuerkennen, die bereits des öfteren angezeigt worden sind. Hier komme die Schwäche des staatlichen Apparates deutlich hinsichtlich der Verfolgung solcher Gruppen zum Vorschein, die am Rande des Gesetzes agierend stillschweigend toleriert werden. Auch wenn keine Namen von den vermeintlich beteiligten ehemaligen Militärangehörigen genannt werden, hinterlässt die Art der Aktionen den Eindruck von kri-

minellen Strukturen, die sowohl mit gut abgegrenzten Funktionen als auch "Spezialitäten" wie telefonischen Einschüchterungen und aussergerichtlichen Hinrichtungen ihr Fach auszuüben verstehen.

Es ist nicht verwunderlich, dass sich sowohl der Präsident wie auch der Kongresspräsident zu diesen Vorwürfen zu Wort melden. Während Portillo die Anklagen von Amnesty International diskreditierte und von den MenschenrechtsaktivistInnen forderte, alle Informationen zur Verfügung zu stellen, um diejenigen zu identifizieren, die "die Einschüchterungen verursachten", leugnete Ríos Montt schlichtweg die Existenz der genannten geheimen Strukturen bzw. Paramilitärs. Jedoch erkannte er an, dass BürgermeisterInnen, Abgeordnete und Militärangehörige eine Gruppe bilden, die er als "zivile (Streit-)Kraft" bezeichnete. Der Parteiführer der FRG warf den AktivistInnen vor, lediglich einen Diskurs weiterzuverfolgen, um sich selbst zu rechtfertigen.

Auch Regierungsminister Arévalo Lacs fordert konkrete Fakten, denn "die Berichte der MINUGUA beweisen gar nichts und stellen nur eine Meinung in allgemeinen Begriffen dar, die vor Gericht nicht standhalten werden".

UN-Besuch: Menschenrechte im Visier

Guatemala, 31.Mai. Ob die Ansicht des Vizepräsidenten Reyes López zutrifft, dass in Guatemala nicht von einer Krise hinsichtlich der Menschenrechte gesprochen werden könnte, sondern es hier lediglich "wie in irgendeinem anderen Land, Details gibt, die verbessert werden müssen, obwohl das Sicherheitskabinett bereits jeden Tag aktiver wird, und die Drohungen und Einschüchterungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen natürlich untersucht werden", wird die Sondergesandte der UNO, Hina Jilani, wohl überprüfen können. Von Präsident Portillo eingeladen, ist Jilani, pakistanische Rechtsanwältin und Spezialistin in Sachen Menschenrechte, für wenige Tage in Guatemala, um die Situation der VerteidigerInnen der Menschenrechte zu bestätigen. Ein Bericht über ihre Befunde und Vorschläge wird veröffentlicht und der UNO-Menschenrechts-Kommission bei ihrem 59. Treffen im nächsten Jahr präsentiert.

Es wurde erwartet, dass sich Jilani auch mit dem Einfluss der Korruption auf die Lebensqualität der GuatemalteKInnen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, dem Wohnungsproblem und

der sozialen Entwicklung beschäftigen wird.

Um einen möglichst umfassenden Eindruck von der komplexen Situation im Land zu gewinnen, hat sich die Abgesandte der Vereinten Nationen sowohl mit verschiedensten VertreterInnen von Menschenrechtsgruppen, der Kirche und der Regierung zu Gesprächen getroffen, aber auch persönlichen Kontakt zu Betroffenen hergestellt bzw. u.a. die vor dem Nationalen Kulturpalast seit sechzehn Tagen im Hungerstreik gegen die Drohungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen demonstrierenden Parteimitglieder der *Einheit der gewerkschaftlichen und öffentlichen Aktion* (UASP) und der URNG vor Ort besucht.

"Es reicht nicht, Kommissionen und Komitees zum Thema Menschenrechte einzusetzen, denn die Situation ist sehr ernst und bedarf sofortiger Aufmerksamkeit und politischen Willen von Seiten der Regierung", so die Anwältin gegen Ende ihres Aufenthaltes in Guatemala gegenüber der ausländischen Presse. Die Sondergesandte des Generalsekretariats der UNO äusserte ihre Besorgnis hinsichtlich der Sicherheit der Men-

schenrechtsaktivistInnen, deren Arbeit sie vor dem angstmachenden Klima im Land besonders hervorhob.

Die Expertin fügte hinzu, dass Präsident Portillo gut daran täte, nicht nur in Bezug auf die schwerwiegende Problematik der Straffreiheit ihre Besorgnisse und Verbesserungsvorschläge anzuerkennen und v.a. in die Tat umzusetzen. Nachdrücklich benannte sie die reale Existenz der von einigen Funktionären dementierten Drohungen und Untergrundgruppen und verwies auf den Bericht des SAE. Jilani zeigte sich besorgt bezüglich der Situation der indigenen Völker und der allgemeinen Meinungsfreiheit. Ausserdem kritisierte sie die mangelnde Fähigkeit der Zivilen Nationalpolizei (PNC), die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und deren offensichtliche Verwicklung in Fälle von Menschenrechtsverletzungen. Auch der Justizapparat bedürfe einer gründlichen Untersuchung, um die staatliche Glaubwürdigkeit nicht weiter zu beschädigen.

Die Anwältin hofft, dass ihr Besuch zur Verbesserung der Situation beiträgt; die einzige Garantie dafür sei jedoch eine permanente Überwachung und Prüfung.

Zwischenspiel im Fall Nationaldruckerei

Guatemala, 31. Mai. Ein Gefühl von Ohnmacht und Unzufriedenheit überkam vor wenigen Tagen die guatemaltekische Bevölkerung, als bekannt wurde, dass der Kongress entschieden habe, die Immunität des Vizepräsidenten Reyes López nicht aufzuheben. Dies steht seit letztem Jahr in Zusammenhang mit der mutmasslichen Beteiligung des Funktionärs an einer schwarzen Kampagne - als "Fall Nationaldruckerei" (Caso Tipografía Nacional) bekannt - gegen den Unternehmer und Präsidenten der Handelskammer Jorge Briz zur Diskussion.

Im Grunde stand von vornherein fest, dass Reyes López mit einem blauen Auge davonkommen würde, bestand doch die Untersuchungskommission zur Mehrheit aus Mitgliedern der Regierungspartei, die ihren Genossen ob man-

gelnder Beweise und vieler Widersprüche in dieser "politischen Montage gegen den Vizepräsidenten" vor der Anklage retteten. Die existenten Beweise wie sechs Telefongespräche zwischen Druckerei und Vizeministerium, eine Registerseite der Druckerei mit dem Antrag auf den Druck der Flugblätter sowie die Aussagen von ehemaligen MitarbeiterInnen sollen jedoch gegen die übrigen vermutlich Beteiligten, unter ihnen die Privatsekretärin des Vizepräsidenten, weiterhin geltend gemacht werden.

Doch ganz so einfach lässt sich auch die guatemaltekische Verfassung nicht umgehen: Sowohl von Seiten der Abgeordneten der Opposition als auch des betroffenen Unternehmers Briz wurde darauf hingewiesen, dass es für eine juristische Entscheidung gegenüber dem

Präsidenten oder Vizepräsidenten laut Carta Magna Dreiviertel der Stimmen und nicht bloss, wie geschehen, einer einfache Mehrheit im Kongress bedarf.

Der Versuch der FRG, Reyes López dennoch herauszuschlagen, in dem sie vorschlugen, den Fall vorläufig zu den Akten zu legen, scheiterte. Nun werden die Akten also dem Sekretariat der Legislative übergeben, bis entweder die FRG die Opposition zur Urteilszustimmung überreden kann oder, wie diese erhofft, es selbst ablehnt.

Die Tageszeitung Siglo Veintiuno berichtet, dass während der neun Monate, die die Untersuchung bereits dauert, eine Person ermordet worden ist, während acht ehemalige MitarbeiterInnen der Druckerei ins Exil gegangen sind und andere um ihre Sicherheit fürchten.

Nomen est omen? Morales ist neuer Menschenrechtsombudsmann

Guatemala, 31. Mai. Auch wenn die FRG gerade noch die Verschiebung der Wahl der nächsten Menschenrechtsombudsperson verkündet hatte (siehe ¡Fijáte! 260), beugte sie sich nun, um die Unterstützung der übrigen Blöcke und parlamentarischen Gruppen für die Wahl von Sergio Fernando Morales Alvarado zu erhalten. Dieser war von humanitären Gruppen als Kandidat vorgeschlagen und schliesslich mit 78 von 98 Stimmen im Kongress gewählt worden.

Der promovierte Jurist und derzeitige Direktor des Menschenrechtsinstituts der Universität San Carlos (USAC), der bereits Berater internationaler Organisationen wie der Interamerikanischen

Entwicklungsbank und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) gewesen ist, wird für die kommenden fünf Jahre die Nachfolge von Julio Arango Escobar antreten und, so die Hoffnung vieler, die übel zugerichtete Glaubwürdigkeit dieser Institution wieder herstellen.

Die Wahl von Morales geniesst die volle Unterstützung und Zufriedenheit von Seiten nationaler Menschenrechtsorganisationen wie der *Allianz gegen Immunität* und der *Stiftung Rigoberta Menchú*. "Wir sind zufrieden, weil wir glauben, dass die persönlichen Qualitäten und Erfahrungen des Doktor Morales die Hauptgründe für seine Wahl waren und nicht die politische Tendenzen".

Auch die MINUGUA äusserte ihre Zustimmung. In einer Pressemitteilung benannte die UN-Mission ihre Erwartungen an den neuen Ombudsmann in Sachen Menschenrechte, die die Herausforderung einschliesst, die Probleme derjenigen Sektoren aufzugreifen, die von der Gesellschaft ausgeschlossen sind, respektive die der indigenen Bevölkerung und der Frauen. Aber auch die Sorge um die prekäre Situation von MenschenrechtsaktivistInnen gehöre zum Aufgabenfeld des Ombudsmannes.

Von Seiten der MINUGUA bestehe also ebenfalls die Bereitschaft zur vollsten Unterstützung und Kooperation für die Stärkung der Institution.

Die Ansichten eines Clowns

Guatemala, 30. Mai. Präsident Portillo bat im Beisein seines Sprechers Byron Barrera zur Pressekonferenz, um seinen Unmut über die Arbeit der Medien im Land kundzutun. Er bat die JournalistInnen um "Anständigkeit" ("*ser honestos*") und bezeichnete mehr als einmal die Arbeit der BerichterstatteInnen als "wahnwitzig, ungenau, manipuliert, verlogen und intrigant".

Im "Fall Panamá", bei dem es um die Konteneröffnung und Firmengründung durch guatemaltekische Regierungsvertreter in jenem Land geht, wäre z.B. ein Brief der Superintendanz der Banken in Panamá nicht beachtet worden, laut dem er, Portillo, gar keine Konten dort besitze.

Auch die Berichte hinsichtlich der

Stagnation des Friedensprozesses provozierten den Präsidenten. Für den Regierenden existieren solche Umstände nicht, vielmehr könne man sehr wohl einen Fortschritt in bestimmten Bereichen verzeichnen.

Portillo berief sich zudem auf den Rückzug einiger humanitärer Gruppen, die aufgrund der fehlenden Kooperationsbereitschaft von Seiten der Regierung den begonnenen Dialog mit dieser abgebrochen hatten, mit den Worten: "Ich kann absolut nichts machen, denn keine Regierung der Welt kann einen Bürger dazu zwingen, sich zu setzen, um mit ihm zu reden."

Auch das Thema um den Aktionisten Alvarado Macdonald im Fall der "Zwillingsbanken" *Promotor* und *Me-*

tropolitano, in dem es um die Veruntreuung von horrenden Summen geht, erregte den Regierungschef: "Von Anfang an wurde ungerechterweise behauptet, ich hätte ihm das Geld gegeben. Dabei ist das die Gesetzgebung der Bankiers".

Das Problem des Landbesitzes "werden wir nicht lösen", so der Politiker und bezeichnete es als das älteste und komplexeste der Regierung. Die Agrar-Angelegenheit ist gross und "bedarf mehr Zeit und mehr Ressourcen vom Staat, aber man muss Grundlagen setzen".

Welchen Sinn die Veranstaltung haben sollte, war wohl Portillo selbst nicht klar, dem es schwerfiel ernst und gut gelaunt zu bleiben. Mit Fussball und Religion beendete er die Sitzung.

Teilerfolg in Sachen Erdöl

Guatemala, 24.Mai. Wenigstens einen kleinen Erfolg ihrer Demonstrationen können UmweltaktivistInnen, AnwohnerInnen und deren UnterstützerInnen verzeichnen: Ihr Ausdruck der Kritik und des Missfallens hatte zur Folge, dass Präsident Portillo immerhin eine der zwei Konzessionen wieder zurückzog, die im letzten Jahr dem guatemaltekischen Erdölunternehmen CPA für einen Bereich der Region und einen großen Teil des Sees Izabal gestellt worden war (siehe ¡Fijáte! 260).

Er erklärte diese ursprüngliche Entscheidung damit, dass sie sich auf seine Annahme stütze, es gäbe keine gesetzlichen Grundlagen, die die Unternehmen dazu verpflichten, das Gleichgewicht und die Erhaltung der Umwelt zu bewahren. Möglicherweise bemerkte er selbst das Fehlen seines gesunden Menschenverstandes hinsichtlich dieser Frage und war unangenehm von den Protesten berührt, was ihn zu der spontanen Zusage verleitete, er würde den Vertrag sofort wieder aufheben, wenn dieser irgendein Risiko für die Umwelt und das Land zur Folge hätte. Also beantragte er einen ent-

sprechenden technischen Bericht vom Ministerium für Energie und Bergbau, welcher ihn für die Realisierung seines Versprechens wohl schliesslich überzeugte.

Obwohl das erwähnte Erdölunternehmen versichert hatte, dass es den See nicht anrühren würde, da sich dort keine lohnenswerten Mengen des Rohstoffs befänden und ausserdem eine Technologie verwendet würde, die keinerlei Schaden in der Umwelt hinterliesse, kündigte ein Sprecher der CPA an, die Region nicht als verloren aufzugeben, sondern die Verhandlung mit der Regierung um die Wiedererlangung der Konzession weiterzuführen.

UmweltschützerInnen warnen die Bevölkerung indes vor zuviel Zuversicht angesichts des bisherigen Erfolgs der DemonstrantInnen. Denn die Gefahr der Erdölförderung in sensiblen Ökosphären bleibe auch in diesem Falle bestehen, da das besagte Unternehmen immer noch eine Nutzungslizenz für das Areal des Río Sarstún besitze, der ebenfalls eine wichtige Rolle für jegliches Leben in der Region spiele.

Strompreiserhöhung

Guatemala, 21.Mai. Die Erhöhung der Kosten für den Energieverbrauch hat zur Folge, dass auch die Preise der Produkte des sogenannten Warenkorb des täglichen Konsums steigen werden, was gerade die unsichere Wirtschaft der Randgruppen in der Gesellschaft schwer trifft, so Luciano Colorado, Leiter der *Nationalen Koordinationsstelle für Siedlungen von Guatemala* (CONAG).

Der vor Wochen bereits angekündigte Anstieg des Energiepreises ist laut Colorado ein weiterer Schlag für den öffentlichen Sektor, der unter prekären Bedingungen in den Ansiedlungen lebt. Da der Grossteil der Siedlungen über eine elektrische Pumpe mit Leitungswassers versorgt wird, ist also auch gerade hier mit einer Verteuerung zu rechnen. Und dies sicherlich in nicht geringem Masse, funktioniert doch die Wirtschaft in Guatemala vor allem nach den "Regeln" einer gewissen Spekulier-Kultur.

Die CONAG rief alle ihre AnhängerInnen auf, um sich zu Protestaktionen gegen den Energiepreisanstieg zusammenzutun und bessere Lebensbedingungen wie unter anderem einen würdigen Wohnraum, gesicherte Ernährung, sowie Zugang zu Arbeit, Gesundheitseinrichtungen und Bildungsmöglichkeiten zu fordern.

Zwar gaben die verantwortlichen Energiebehörden bekannt, dass sich die

Preiserhöhung lediglich in den Haushalten auswirken wird, die mehr als 300 kWh verbrauchen, was also ausserhalb des Sozialtarifs liege. Dennoch halten die BürgerInnen dies lediglich für eine Art der Verschleierung der Konsequenzen, die die bevorstehende Veränderung auf die Ersparnisse der ärmsten der Guatemaltekinnen haben wird.

Blinde und Gehörlose werden bedacht

San Marcos/Guatemala, 29.Mai. Nachdem in San Marcos bereits einige Fortbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen angeboten worden sind, mit Hilfe dessen sie sich hinsichtlich einer adäquaten Förderung von blinden und gehörlosen SchülerInnen informieren konnten, wurde vor wenigen Tagen in der Hauptstadt ein Botanischer Garten für Blinde und Gehörlose eröffnet. In diesem können Gerüche, (Gewebe-) Strukturen und Geschmäcke wahrgenommen werden. Die Ausstellung in den Räumlichkeiten der Nationalen Kaffee-Vereinigung ist ausgestattet mit Hinweisen in Punktschrift und klanglichen Orientierungshilfen sowie verschiedenen Gegenständen, Pflanzen, Früchten und Gemüse, die die verschiedenen Sinne der BesucherInnen ansprechen sollen.

Gleichschaltungsversuch von Fodigua

Guatemala, 28.Mai. Die indigenen Organisationen, die Entwicklungsprojekte in den Gemeinden durchführen, äussern ihre Besorgnis hinsichtlich der Versuche der Regierung, Einfluss auf den *Indigenen Entwicklungsfond von Guatemala* (Fodigua) auszuüben.

Marco Tulio Gramajo Tipas, Leiter der *Coordinadora Indígena y Campesina*, die Mitglied dieses Fonds ist, erklärte in einer Pressekonferenz, dass die Exekutive der Regierung vor habe, das Regierungsabkommen 435-94 zu reformieren, welches die Grundlage für die Existenz der indigenen Institution darstellt. Eine Änderung dessen wäre eine direkte Einmischung in die indigenen Angelegenheiten und würde ausserdem die Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden begünstigen. Gramajo fügte hinzu, dass sich das Land derzeit immer wieder mit Momenten des Wahlkampfes konfrontiert sieht, in denen die FRG um jeden Preis alle nationalen Instanzen für sich gewinnen will, was die indigenen Gemeinden jedoch nicht zulassen.

Bislang besteht der Vorstand von Fodigua aus sieben Mitgliedern, von denen einer die Regierung vertritt. Plan der FRG ist nun, dass vier der Vorsitzenden von der Exekutive des Landes gestellt werden sollen - die Gemeinden blieben demnach ohne jegliche Stimme bzw. würden im Zweifel locker überstimmt.

Nach Ansicht des Fonds wäre es aber eher Sache der Gemeinden, sich um die Wahl ihrer Vorsitzenden zu kümmern oder auch die indigenen Institutionen neu zu strukturieren, so wie es in den internationalen Verträgen und v.a. im Abkommen 169 der IAO festgelegt wurde. Dieser sieht in Bezug auf die Identität und Rechte der indigenen Völker vor, dass diese Mitbestimmungsrecht an politischen Entscheidungen und vor allem Selbstbestimmungsrecht über ihre eigene Rolle haben, was in diesem Fall grob verletzt werden würde.

Des weiteren wurde von Fodigua beanstandet, dass die Kommission für Umstrukturierungen und Reformen, die vom Sekretariat für strategische Analyse (SAE) koordiniert wird, aus sieben OrganisationsleiterInnen aus der Hauptstadt besteht, die weder repräsentativ sind, noch wirkliche Kenntnisse von den Bedürfnissen der indigenen Völker haben.